

Vierpunktnull

Südwest Merkur, Ausgabe März 2021

Freie
Demokraten

Baden-
Württemberg **FDP**

FDP/DVP Fraktion
IM LANDTAG BADEN-WÜRTTEMBERG

Digitale Formate der FDP-BW
im Corona Lockdown

Ein Wahlkampf, wie kein anderer

Interview mit Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Landtagswahl 2021: Aus der Sicht eines Spitzenkandidaten

Von Michael Theurer MdB

Das Land braucht eine starke Kraft der Erneuerung durch uns, die FDP

Von Dr. Florian Toncar MdB

Wirecard - Aufstieg, Fall
und Rolle des Staates



Von Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Bereit zur Verantwortung

Aus der FDP/DVP Fraktion

Für eine starke Landwirtschaft
im Ländle-heute und morgen

Aus der FDP/DVP Fraktion

Chancen der digitalen Bildung langfristig sichern

Von Judith Skudelny MdB, Generalsekretärin

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,



die Plakate sind aufgehängt und die Flyer liegen in den Briefkästen. Mit einem starken und fortschrittlichen Kampagnendesign haben wir in der grauen Jahreszeit für einen echten Wow-Effekt gesorgt. Jetzt ist die heiße Phase des Wahlkampfs in vollem Gange und in ganz Baden-Württemberg kämpfen die Kandidatinnen und Kandidaten der FDP unter erschwerten Bedingungen um jede Stimme. Normalerweise würden wir uns jetzt überall im Land zu Kundgebungen auf den Marktplätzen treffen, in Gesprächen an den Infoständen für unsere Inhalte werben und bei den Auftritten unseres FDP-Bundsvorsitzenden Christian Lindner würden die Veranstaltungshallen aus allen Nähten platzen. Von diesen direkten Begegnungen mit den Wählerinnen und Wählern lebt der Wahlkampf üblicherweise. Die Pandemie erfordert jedoch Abstand und damit neue Konzepte und Formate, mit denen wir unsere Botschaften zu den Menschen transportieren können.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten haben es zusammen mit ihren Teams geschafft, sich dieser ungewohnten Herausforderung zu stellen. Mit kreativen Ideen und viel digitaler Affinität haben wir

in den vergangenen Wochen große Präsenz gezeigt. GoToMeeting, YouTube und Instagram sind für uns keine Fremdwörter, sondern wichtige Wahlkampfhelfer. Dadurch haben wir teilweise auch Personen erreicht, die sonst vielleicht nicht zu einer FDP-Veranstaltung gehen würden und konnten mitunter ganz neue Zielgruppen erschließen. Virtuelle Gastredner wie Bettina Stark-Watzinger, Wolfgang Kubicki und Christian Lindner haben zusätzlich für den nötigen Rückenwind aus Berlin gesorgt. Ich bin mir sicher, dass der großartige Einsatz aller Wahlkämpfer uns bei dieser wichtigen Landtagswahl zu einem Erfolg für die Freien Demokraten, aber vor allem für Baden-Württemberg verhelfen wird!

Die tolle Arbeit spiegelt sich auch in den Umfrageergebnissen wider: Ein Politik- und Regierungswechsel in Baden-Württemberg geht nur mit der FDP! Von Ampel bis Deutschland-Koalition: wir sind bereit, mit allen Parteien des demokratischen Verfassungsbogens darüber zu reden, wie wir unsere zentralen Inhalte in einer Regierungskoalition umsetzen können. Unsere politischen Überzeugungen werden wir aber

auch diesmal nicht gegen Dienstwagen eintauschen. Dass wir auch Opposition können, haben wir die letzten Jahre eindrucksvoll in Bund und Land gezeigt.

Jetzt gilt es, aus den guten Umfragen ein starkes Wahlergebnis zu machen. Baden-Württemberg braucht den Politikwechsel: Das einst unschlagbare Ländle ist sowohl in der Bildungspolitik als auch in der Wirtschaftspolitik ins Mittelmaß abgerutscht. Bei den Corona-Impfungen hinkt Baden-Württemberg hinterher. Gestiegen sind in den vergangenen zehn Jahren vor allem die Ausgaben und die Schulden.

Damit die FDP regieren kann, kommt es auf uns alle an! Sprechen Sie in Ihrer Familie, mit Freunden,

Bekannten und Kollegen über die FDP und unsere Konzepte! Wir stehen für eine technologieoffene Wirtschaftspolitik, die echten Klimaschutz und Arbeitsplätze verbindet! Wir stehen für eine moderne und effektive Bildungspolitik, die unseren Schulen national und international wieder einen Spitzenplatz sichert! Und wir stehen für eine umfassende Digitalisierung, die Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs ist! Ich bitte Sie herzlichst, diese Botschaft in Ihr Umfeld zu tragen, damit am 14. März 2021 im Stammland der Liberalen möglichst viele Menschen FDP wählen!

Ihre

Judith Stadelny

Ein Wahlkampf, wie kein anderer:

Digitale Formate der FDP Ba-Wü im Corona-Lockdown

Volle Veranstaltungssäle, Großveranstaltungen auf Marktplätzen oder einfach nur das direkte Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern in der Fußgängerzone – vieles, was in früheren Wahlkämpfen selbstverständlich war, ist durch die Corona-Pandemie aktuell nicht möglich oder wird zumindest stark erschwert. Das stellt Parteien vor Herausforderungen, eröffnet aber auch neue Chancen.

Als Partei, die sich die Digitalisierung nicht nur programmatisch auf die Fahnen geschrieben hat, sondern diese auch ganz praktisch zur Optimierung der eigenen Parteilarbeit nutzt, überträgt die FDP

Baden-Württemberg bereits seit einigen Jahren alle Großveranstaltungen und Parteitage digital per Livestream ins Internet. Die durch diese Vorreiterrolle gewonnenen Erfahrungen kann der Landesverband nun nutzen, um auch im Landtagswahlkampf unsere potenziellen Wählerinnen und Wähler weiterhin wie gewohnt zu erreichen. Dabei setzen wir neben interaktiven Diskussionsrunden in Zoom-Meetings und digitalen Pressekonferenzen auch auf zwei völlig neue digitale Veranstaltungsformate, die stets live auf Facebook und Youtube gestreamt werden: den „Impulstalk“ und „Aufschlag Rülke“.



Der „Aufschlag Rülke“ ist als digitales Gegenstück zu den bekannten Großveranstaltungen auf Marktplätzen konzipiert: Unser Spitzenkandidat Hans-Ulrich Rülke reist gemeinsam mit Michael Theurer und Judith Skudelny durch die Bezirksverbände und spricht mit örtlichen Kandidaten und externen Gästen über die Inhalte und Forderungen der FDP Baden-Württemberg sowie über regionale Schwerpunktthemen. Besonders freut uns, dass auch unser Bundesvorsitzender Christian Lindner regelmäßig an den „Aufschlag“-Veranstaltungen teilnimmt. Und falls er - wie Anfang Februar in Pforzheim - durch ein bundesweites Schneechaos ausgebremst wird, bietet die Digitalisierung auch hierfür schnelle und unkomplizierte Lösungen: So wurde zwischen den vier anwesenden Diskutanten kurzerhand ein großer Monitor aufgestellt und Christian Lindner konnte als fünfter, digitaler Gesprächspartner live von zu Hause aus an der Diskussion teilnehmen.

Im Gegensatz dazu empfängt Hans-Ulrich Rülke im „Impulstalk“ jeweils nur einen Gast, mit dem er über ein bestimmtes, landespolitisch relevantes Thema spricht. In der Auftaktveranstaltung, die wie alle weiteren auch auf einer Bühne und vor leeren Zuschauerrängen im Stuttgarter Theaterhaus aufgenommen wurde, sprach unser Spitzenkandidat mit der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Nicola Beer über die Bedeutung Europas für den Wirtschaftsstandort und die Menschen in Baden-Württemberg. In weiteren Veranstaltungen empfing er außerdem die Landesvorsitzende des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg, Dr. Karin Broszat, um gemeinsam mit ihr die Vorzüge eines vielgliedrigen Schulsystems, einer verbindli-

chen Grundschulempfehlung und die Bedeutung der Digitalisierung für das Bildungssystem zu erörtern, sowie den Unternehmer Jörg Mosolf aus Kirchheim, dessen Familienunternehmen zu den führenden Systemdienstleistern der Automobilindustrie in Europa gehört, zu einem Austausch über Fragen der Wirtschafts- und Mobilitätspolitik. Weitere Highlights im digitalen Veranstaltungskalender der FDP Baden-Württemberg waren der traditionelle Politische Aschermittwoch aus dem Brauhaus 2.0 in Karlsruhe mit Hans-Ulrich Rülke, Michael Theurer, Judith Skudelny und der stellvertretenden Landesvorsitzenden der FDP Hessen, Beisitzerin im FDP-Bundespräsidium und Parlamentarischen Geschäftsführerin der FDP-Bundestagsfraktion, Bettina Stark-Watzinger, sowie der digitale Landeshauptausschuss am 20. Februar im CongressCentrum Pforzheim, auf dem wir unseren Wahlauf Ruf zur Landtagswahl verabschiedet haben. Alle Veranstaltungen sind auf dem Youtube-Kanal des Landesverbands auch im Nachhinein abrufbar. Schauen Sie doch mal rein!

Mit Zuschauerzahlen, die zum Teil deutlich über denen vergleichbarer Veranstaltungen etwa der CDU liegen, zeigen wir nicht nur, dass die FDP Baden-Württemberg Digitalisierung kann, sondern auch, dass digitaler Wahlkampf mit guten Konzepten funktioniert. Zwar soll und wird der digitale Wahlkampf die Präsenzveranstaltungen früherer Wahlkämpfe nie ersetzen – ganz im Gegenteil freuen wir uns bereits darauf, nach Ende der Corona-Pandemie und hoffentlich schon im kommenden Bundestagswahlkampf wieder viele Zuhörer live und vor Ort zu unseren Veranstaltungen begrüßen zu dürfen. Doch es zeichnet sich ebenso ab, dass digital-hybride Veranstaltungen, also Präsenzveranstaltungen, die gleichzeitig auch digital übertragen werden, auch in Zukunft ein wichtiger Baustein erfolgreicher Wahlkämpfe sein werden. Denn mit digital übertragenen Veranstaltungen erreichen wir auch Menschen, die sonst eher nicht zu politischen Veranstaltungen kommen würden und die nun die Möglichkeit haben, unsere Diskussionsrunden und Kundgebungen bequem von zu Hause aus zu verfolgen oder sogar erst im Nachhinein anzuschauen. Und auch aus einigen Kreisverbänden kam die Rückmeldung, dass etwa digitale Neujahrsempfänge deutlich mehr Zuschauer angezogen haben als konventionelle Veranstaltungen im Hinterzimmer des „Goldenen Ochsens“.

Also, bleiben wir am Ball und lassen Sie uns gemeinsam die Chancen der Digitalisierung nutzen!



Interview mit Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Landtagswahl 2021: Aus der Sicht eines Spitzenkandidaten



Herr Rülke, wie geht es Ihnen aktuell, kurz vor der heißen Wahlkampfphase?

Wahlkampfzeiten sind stets besondere Zeiten und erfordern auch einiges an persönlichem Einsatz. Trotzdem geht es mir gut, ich bin gesund und voller Vorfreude auf die kommenden Tage intensiven Wahlkampfes für die Freien Demokraten.

Warum ist es gerade jetzt Zeit für liberale Ideen?

Die Corona-Krise führte zunächst zu einer Renaissance der Staatsgläubigkeit in unserem Land. Autoritäre Lösungen wie Lockdowns und Ausgangssperren waren das Rezept der Politik, um der Pandemie Herr zu werden. Dies fand über weite Teile des Jahres 2020 auch Zustimmung in der Bevölkerung. Gerade in den letzten Wochen und Monaten hat sich der Wind aber gedreht: das politische Versagen der maßgeblichen Figuren einer solchen, autoritären Lockdown-Politik wurde immer offenkundiger, mehr und mehr Menschen haben das Vertrauen in das grün-schwarze und schwarz-rote Krisenmanagement auf Landes- und Bundesebene verloren. Die Geduld der Bürgerinnen und Bürger ist am Ende, sie sehnen sich nach einer Öffnungsperspektive, die ihnen die Regierungen in Land und Bund nicht geben.

Wir Freie Demokraten haben seit Beginn der Pandemie immer wieder gute Vorschläge für verantwortungsvolle Öffnungsstrategien in Wirtschaft, Bildung, Kultur und Sport vorgelegt, zuletzt mit unserem konkreten 3-Stufen-Plan, den wir im baden-württembergischen Landtag eingebracht haben. Dieser Kurs wird jetzt honoriert. Es geht in diesen Tagen mehr denn je darum, nach einem Jahr der Entbehrungen den Menschen endlich ihre Bürger- und Freiheitsrechte zurückzugeben. Dafür steht unsere Politik, diese Themen machen unsere DNA als Liberale aus: Freiheit, Bürgerrechte, Wirtschaftskompetenz, die Vision eines Staates, der seinen Bürgern vertraut, statt sie autoritär einzuschränken. Es ist eine gute Zeit, um Liberaler zu sein. Auch der erfreuliche Zuwachs an Mitgliedern in den vergangenen Wochen bestärkt mich in dieser Feststellung.

Nicht nur der Wahlkampf ist durch die Corona-Einschränkungen geprägt - nahezu jeder Lebensbereich von Handel, Sport, Gastronomie bis hin zur Kultur ist noch im Lockdown. Gleichzeitig sinken die Infektionszahlen. Was muss die Politik in einer solchen Situation tun?

Die Politik muss den Menschen eine klare Öffnungsperspektive aufzeigen - für alle Lebensbereiche.

Wenn die Politik schon eine „Inzidenzitis“ - also eine Fokussierung auf den Inzidenzwert als maßgebliches Kriterium für die Bewertung der Pandemielage - betreibt, dann müssen die Menschen auch wissen, was es bedeutet, wenn der Inzidenzwert über einen bestimmten Zeitraum dauerhaft unterhalb eines bestimmten Wertes liegt. Dass der Ministerpräsident beispielsweise die vernünftigerweise vom VGH gekippte landesweite Ausgangssperre zunächst mit einem Inzidenzwert von 200 begründet hat, um sie dann bei einem Wert von weit unter 100 weiterhin aufrecht erhalten zu wollen, das zerstört Vertrauen in das Handeln der Politik. Wir Freien Demokraten haben deshalb einen klaren Stufenplan vorgelegt, wie man das Land Stück für Stück und verantwortungsvoll in allen Lebensbereichen wieder „hochfahren“ kann, um Wirtschaft, Kultur, Bildung, Sport und co. eine Perspektive geben und den Menschen ihre bürgerlichen Freiheiten zurückgewähren zu können. Gleichzeitig muss Corona als gefährliche Krankheit aber weiterhin ernstgenommen und engagiert bekämpft werden - die „Tübinger Strategie“ bestehend aus einem effektiven Schutz vulnerabler Gruppen, regelmäßigen Schnelltests und einer flächendeckenden Bereitstellung von FFP2-Masken bietet ein erfolgreiches Modell für das ganze Land - und wird vom Ministerpräsidenten, immerhin ein Parteifreund des Tübinger Oberbürgermeisters Palmer, dennoch verworfen. Gleichzeitig müssen wir zur Bewertung des Pandemiegeschehens neben dem Inzidenzwert auch andere Indizes in den Blick nehmen, beispielsweise die Auslastung der Intensivbettenkapazitäten, den Impffortschritt oder den Stand der digitalen Kontaktkettennachverfolgung.

Die Unternehmer im Land kämpfen, eine Insolvenzelle droht durch das Land zu rollen. Viele Mittelständler fühlen sich von den Regierungsparteien, besonders von der CDU im Stich gelassen. Zurecht?

Wenn Land und Bund mit ihrer bisherigen Corona-Politik weitermachen, wird der Lockdown zum Knockdown für kleine und mittelständische Unternehmen. Herr Altmaier im Bund und Frau Hoffmeister-Kraut im Land haben nicht nur mit ihrer Stop-and-Go-Politik viel Vertrauen in der Wirtschaft zerstört, sie haben auch Existenzen aufs Spiel gesetzt. Auf kopflose Wellenbrecher-Lockdowns folgten politische Fehler-Tsunamis: die „Novemberhilfen“ für Unternehmen wurden im Februar oftmals noch nicht ausgezahlt. Friseur-Öffnung schön und gut, aber: Einzelhändler, Gastronomen, Fitness-

studiobetreiber und andere haben trotz funktionierender Hygienekonzepte bis heute keine Öffnungsperspektive. Wirtschaftsgipfel der Bundesregierung gleichen therapeutischen Gesprächsrunden, statt echte Hilfen und Perspektiven in Aussicht zu stellen. Dass sich Wirtschaftsverbände und Unternehmer bei der CDU, die sich ja gerade in Baden-Württemberg traditionell als Schutzpatron des Mittelstands geriert hat, nicht mehr aufgehoben fühlen, ist folgerichtig. Doch sie haben eine neue Heimat: die Freie Demokraten mit einem klaren Öffnungsplan für die Wirtschaft. Der „Restart“ der Wirtschaft in unserem Land, die Sicherung unternehmerischer Existenzen muss eine der dringlichsten Aufgaben sein, der sich eine künftige Landesregierung annehmen muss.

Sie sprechen über die wirtschaftliche Stärke unseres Landes. Worum geht es für die Automobilindustrie in den kommenden fünf Jahren?

Die grün-schwarze Landesregierung hat eine Politik der einseitigen Fokussierung auf die Elektromobilität betrieben - diese Politik müssen wir beenden. Das Elektroauto ist über die gesamte Fertigungskette betrachtet nicht umweltfreundlicher als ein modernes Diesel- oder Benzinfahrzeug. Es gilt daher, den Blick auf die Potenziale von synthetischen Kraftstoffen, Wasserstofftechnologie und modernen Dieselaggregaten zu richten. Klimafreundliche Mobilität können wir auch erreichen, ohne Arbeitsplätze in unserem Land zu vernichten - auch wenn das bei den grünen, roten und konservativen Ideologen in Brüssel, Berlin und Stuttgart, die einen „Kulturkampf“ gegen das Automobil ausfechten, noch nicht angekommen ist. In unserem Landtagswahlprogramm haben wir daher eine ambitionierte Wasserstoffstrategie zur Koalitionsbedingung gemacht - im Wissen um die Potenziale dieser Technologie für die Automobilindustrie und die Arbeitsplatzsicherung in unserem Land.

Vom Thema Wirtschaft zum Thema Gesundheit: Wie bewerten Sie die Impfstrategie der Landesregierung - und was würde eine liberale Regierung hier anders machen?

Die Impfstrategie ist ein einziges Chaos - bei der Impfquote in der Bevölkerung ist Baden-Württemberg Schlusslicht im deutschlandweiten Vergleich. Über 90 Jahre alte Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen warten seit Wochen auf Termine in den Kreisimpfzentren und das Terminanforderungs-

verfahren über Hotline und Website ist für einen älteren Menschen überhaupt nicht praktikabel ausgestaltet. Es herrscht ein eklatanter Impfstoffmangel, weil die Landesregierung sich zu sehr auf die „Hühnerleiter“ der Impfstoffverteilung von Brüssel über Berlin bis hinein in die Länder verlassen hat. In einer ersten Charge hat Baden-Württemberg genau so viel Impfstoff bekommen wie das Saarland - das hätte sich ein FDP-Gesundheitsminister nie bieten lassen. Lucha gehört dringend von der Impforganisation abgezogen. Wie es anders geht, sieht man in Schleswig-Holstein, wo mit Heiner Garg ein Liberaler Gesundheitsminister ist: er hat erfahrene, für große Nachfragevolumen technisch und personell ausgerüstete Unternehmen, die üblicherweise Tickets für Großveranstaltungen wie Konzerte oder Fußballspiele verkaufen, für die Impfterminvergabe eingespannt und genug Impfstoff beschafft.

Frau Eisenmann hat die letzten 5 Jahre für die Schulpolitik im Land verantwortlich gezeichnet. Was sind ihre größten Versäumnisse und was würde die FDP hier anders machen?

Susanne Eisenmann hat spätestens während der Corona-Krise ihren Parteifreund Thomas Strobl als Kabinettsmitglied mit der schlechtesten Performance unterboten. Ein Schlingerkurs um die Öffnung der Schulen, ein völliges Versagen bei der Organisation des digitalen Unterrichts; Schulen deren technische Ausstattung mich an meine Schulzeit in den 1960er und 70er-Jahren erinnert, das Millionengrab „Ella“,

ein Abrutschen baden-württembergischer Schüler in allen Bildungsrankings— das und mehr gehört zu ihrer verheerenden Bilanz. Länger als die Liste ihrer politischen Fehlleistungen ist nur die Störungsliste bei der vom Kultusministerium für Online-Unterricht angedachten Plattform „Moodle“. Kurzum: würde man Frau Eisenmann ein Schulzeugnis ausstellen, wäre die Versetzung ausgeschlossen. Das Paradoxe: je mehr politischen Dilettantismus sie betreibt, desto stärker scheint sie ihren Wunsch zu artikulieren, unbedingt Ministerpräsidentin werden zu wollen. Die FDP hat während der gesamten Corona-Krise mit konstruktiven Vorschlägen wie einer „Bildungsgarantie“ und einem von Dr. Timm Kern erarbeiteten Gesetzentwurf „Digitale Schule“ aufgezeigt, dass wir den Herausforderungen im Bildungsbereich am Besten gewachsen sind. Baden-Württemberg braucht einen Kraftakt für weltbeste Bildung: wir müssen zurück zur verbindlichen Grundschulempfehlung, wir müssen Schulen und Lehrkräfte im Land mit „digitalen Hausmeistern“ und Investitionen in die digitale Zukunft führen und wir müssen die berufliche Bildung stärken. Die CDU mag zwar plakativ, ein Meister sei so viel wert wie ein Master, in Regierungsverantwortung schenkt sie der beruflichen Bildung aber kaum Aufmerksamkeit. Ferner braucht es eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9, ein Ende der Gemeinschaftsschulprivilegierung und Investitionen in unsere Hochschulen, um den Wissenschafts- und Forschungsstandort Baden-Württemberg wettbewerbsfähig zu halten.



Sind die Versäumnisse bei der digitalen Bildung für Sie ein Sinnbild der Gesamtperformance der Landesregierung im Bereich Digitalisierung?

Durchaus. Es braucht ein eigenständiges Digitalministerium, in dem Kompetenzen gebündelt werden statt wie derzeit vier CDU-geführte Ministerien, die sich um Zuständigkeiten streiten und unser Land bei der Mobilfunknetzabdeckung oder beim Breitbandausbau im Bundesvergleich ans „Tabellenende“ befördern. Minister Strobl ist mir seinem Versprechen, „schnelles Internet bis an jeden Schwarzwaldhof“ zu bringen, krachend gescheitert. Diese Digitalpolitik schadet unserer Wirtschaft, denn eine gute digitale Infrastruktur ist im Jahr 2021 ein wichtiger Standortfaktor.

Mit unserem Landtagswahlprogramm haben wir tolle Ideen beschlossen, um unser Land voran zu bringen. Mit welchem Partner können wir Liberale diese am besten umsetzen?

Mein Ziel, unser Ziel ist klar: eine Regierungsbeteiligung der FDP. Sollte es am Abend des 14. März eine arithmetische Chance hierfür geben, werden wir uns Koalitionsverhandlungen mit allen Demokraten im Landtag nicht verweigern - gleich ob schwarz, grün oder rot. In diesen Gesprächen wird es uns aber zuallererst um die Inhalte, nicht um Farben oder Köpfe gehen. Wir wollen ein Baden-Württemberg mit Sachverstand, einem klaren marktwirtschaftlichen Kompass und dem Willen, neuen Wohlstand zu schaffen - und wir werden mit den Partnern eine Regierungskoalition bilden, mit denen uns die Verwirklichung dieses Ziels auf Grundlage möglicher Koalitionsgespräche realistisch erscheint. Fromme Wünsche und Spekulationen sind vielleicht in der Adventszeit angebracht, nicht aber am Vorabend einer Landtagswahl im März.

Wie sehen Sie Ihre persönliche Rolle in einer Landesregierung?

Ich mache kein Geheimnis daraus, dass ich mir als Spitzenkandidat mit einer gewissen landespolitischen Erfahrung zutraue, ein gemeinsames Wirtschafts- und Verkehrsministerium zu führen, sollte es nach Koalitionsverhandlungen zu einem entsprechenden Ressortzuschnitt kommen. Wenn der Wähler uns Freie Demokraten das Vertrauen schenkt und einen Regierungsauftrag erteilt, erwartet er auch, dass unser Spitzenkandidat bereit ist, selbst

Verantwortung zu übernehmen. Weitaus wichtiger als Diskussionen um „Pöstchen“ im Vorfeld der Wahl ist mir aber, dass wir unsere wichtigsten politischen Positionen in einer möglichen Regierungskoalition durchsetzen können. Dazu braucht es ein starkes Mandat der Wähler und konstruktive Verhandlungen aller beteiligten Partner, wie auch immer deren Couleur dann sein wird. Mir geht es auch als Spitzenkandidat zuerst um Inhalte, dann um Personalien - das unterscheidet mich von Frau Eisenmann, die tagtäglich gebetsmühlenartig betont, wie sehr sie Ministerpräsidentin werden will.

Herr Rülke - für die FDP in 70 Wahlkreisen treten liberale Persönlichkeiten an, hunderte Menschen helfen engagiert in deren Wahlkampfteams mit. Wie machen Sie diesen Menschen Mut für die letzten beiden Wochen der heißen Wahlkampfphase?

Die Umfragen sehen gut für uns aus. Die Umfrageinstitute sehen uns bei 10-11%. Dies würde eine realistische Chance auf eine starke liberale Regierungsbeteiligung bedeuten. In Bürgergesprächen spüre ich deutlich: unser Kurs in der Coronapolitik, unser Einsatz für eine verantwortungsvolle Öffnungsperspektive - das kommt bei den Menschen an. Nutzen wir also diese gute Ausgangslage für ein fantastisches Ergebnis am 14. März: hierfür braucht es einen starken Wahlkampf aller aktiven Mitglieder im Land - ob im Internet, in den sozialen Medien, beim Nachplakatieren, beim Flyer verteilen oder am „kontaktlosen Infostand“, wie ihn einige unserer Parteifreunde eingerichtet haben. Es lohnt sich, in den verbleibenden Tagen mit vollem Engagement Wahlkampf für die Freien Demokraten und ihre Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort zu machen. Wir können nicht nur mitregieren und dieses Land „öffnen“ und voranbringen, unsere Fraktion kann angesichts der momentanen Zustimmungslage auch um weitere Mandate anwachsen. Dies gibt auch Landtagskandidaten aus Wahlkreisen, die bislang kein FDP-Mandat innehatten, eine Perspektive auf ein Landtagsmandat. Geben Sie also alles in Ihrem Wahlkampf vor Ort, kämpfen Sie für Ihre lokalen Kandidaten, kämpfen Sie für die Freien Demokraten. Um unseren Landesvorsitzenden Michael Theurer zu zitieren: lassen Sie uns einen Wahlkampf machen, dass die Bude wackelt!

Der Impuls fürs Land:

Digitales Dreikönigstreffen als Start ins Superwahljahr 2021

Am 5. und 6. Januar hat die FDP Baden-Württemberg mit ihrem traditionellen Dreikönigstreffen den Landtagswahlkampf 2021 eingeläutet. Bereits seit 1866 – und nur durch die beiden Weltkriege unterbrochen – treffen sich die Südwestliberalen am Dreikönigstag in Stuttgart. Das seit 1946 fünfundsiebzigste Dreikönigstreffen im Stuttgarter Opernhaus musste pandemiebedingt jedoch in gänzlich anderer Form stattfinden als gewohnt: Wo sonst 1400 Zuschauer zum Jahresbeginn zuhören, herrschten nun komplett leere Ränge und die Veranstaltung wurde per Livestream zu den Zuschauern nach Hause übertragen.

In seiner Rede auf der Dreikönigskundgebung unterstrich unser Landesvorsitzender Michael Theurer das Bekenntnis der Freien Demokraten zur transformativen Kraft des Fortschritts: „Ob Wasserstoff, ob Luftfilter, ob Impfstoffe: Viele Probleme der heutigen Zeit lassen sich nur durch modernste Technologie, durch technologisch-innovatorischen Fortschritt lösen“. „Es gibt die Chance auf eine neue Moderne und es gibt keine Partei in Deutschland, die sich so klar zum technologisch-innovatorischen Fortschritt, zur Wissenschaftsfreiheit, zur Technologieoffenheit bekennt wie wir, die Freien Demokraten.“

Auf Impfstoffen etwa ruhe ein großer Teil der Hoffnungen für ein gutes Jahr 2021. Es sei fatal, dass der Impfstart in Deutschland so holprig verläuft. „Wir brauchen schnell mehr Impfstoff. Hier ist die Bundesregierung gefordert“, mahnte Michael Theurer. Er kritisierte auch die staatlichen Hilfsprogramme für vom Corona-Lockdown betroffene Unternehmen: „Wir laufen Gefahr, dass weite Teile des Mittelstandes hinweggefegt werden, denn die Hilfen für die kleinen und mittleren Unternehmen kommen nicht an.“

Der Spitzenkandidat der FDP Baden-Württemberg zur Landtagswahl, Hans-Ulrich Rülke, nutzte seine Dreikönigsrede, um die politische Ausgangslage vor der Landtagswahl zusammenzufassen: „Der Landtag ist neu zu wählen, die Macht im Land neu zu verteilen und nach fünf Jahren Bilanz zu ziehen zum Wirken einer grün-schwarzen Landesregierung. Diese grün-schwarze Landesregierung hat fünf



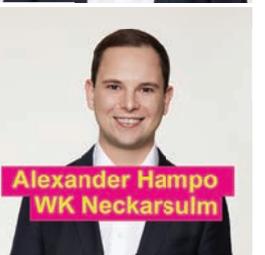
Jahre lang das Land in wesentlichen Bereichen nicht vorangebracht.“ Als Beispiele nannte er die Bereiche Bildung, wo baden-württembergische Schülerinnen und Schüler in Vergleichsrangings immer weiter absinken, Digitalisierung, wo es insbesondere im ländlichen Raum nicht voran geht, und die Wirtschaft, wo die Gefahr eines Strukturbruchs in der Automobil- und Zulieferindustrie besteht. „Hier hat diese grün-schwarze Landesregierung keine Antworten gefunden“, so Hans-Ulrich Rülke.

„Wir haben drei wesentliche Zielsetzungen bei einer Mobilitätspolitik der Zukunft: Wir brauchen die individuelle Mobilität für die Menschen, die das wollen. Wir brauchen den Erhalt von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Und wir brauchen echte Klimafreundlichkeit. Hier ist der Verbrennungsmotor in allen Bereichen der batterieelektrischen Mobilität überlegen“, so Hans-Ulrich Rülke. Der Verbrennungsmotor, dessen Zukunft in synthetischen Kraftstoffen und im Thema Wasserstoff liege, müsse daher erhalten bleiben. Das Thema Wasserstoff sei überhaupt das zweite große Zukunftsfeld: „Wer die Energiewende schaffen will, wer die Verkehrswende schaffen will, wer die Klimaziele erreichen möchte, der kommt um das Thema Wasserstoff gar nicht herum.“

Als weitere zentrale Themenfelder benannte Hans-Ulrich Rülke die Digitalisierung, den Arbeitsmarkt und das Bildungswesen. Baden-Württemberg benötige auch in Zukunft ein vielfältiges und differenziertes Schulsystem: „Wir brauchen nicht die eine Schule für alle, sondern wir brauchen für jedes Kind die richtige Schule. Und da muss das berufliche Bildungswesen gleichwertig werden.“

UNSERE IMPULSE FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

LANDTAGSWAHLKANDIDATEN 2021





Gastbeitrag von Dr. Florian Toncar, MdB

Wirecard - Aufstieg, Fall und Rolle des Staates

Die Aufklärung des Wirecard-Skandals im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss („PUA“) schreitet mit Hochdruck voran. Wirecard, so viel ist klar, war nicht nur ein Betrugsfall, sondern vor allem ein Fall, in dem Aufsichtsbehörden ebenso kapital versagt haben wie die Bundesregierung. Wie Wirecard von der Politik protegert und durch die Behörden unterstützt wurde, zeigt sich schlaglichtartig am Beispiel des Leerverkaufsverbots: Medien und Analysten hatten immer wieder Alarm geschlagen. Insbesondere die Financial Times recherchierte beständig im „House of Wirecard“, aber auch Investoren wie Matthew Earl prangerten das Geschäftsgebaren immer wieder an. Im Jahr 2019 verhängte die Finanzaufsicht BaFin eben jenes Leerverkaufsverbot und sandte damit das Signal an den Markt, Wirecard sei ein Opfer von Spekulanten. Viele Anleger und Banken haben sich genau deshalb entschieden, bei Wirecard einzusteigen oder zumindest nicht auszusteigen.

Wir wissen inzwischen, wie dieses Leerverkaufsverbot zustande kam. Es war Wirecard selbst, das mit mutmaßlich gefälschten Beweismitteln, jedenfalls aber mit völlig unkonkreten Vorwürfen auf die BaFin und die Staatsanwaltschaft zugegangen war. So wurde als Belastungszeuge ein vermeintlicher Aktienhändler präsentiert, der schon damals als Organisator eines Drogenrings hätte identifiziert werden können. Die BaFin setzte diese Vorwürfe allerdings ein, um den Widerstand der Bundesbank gegen das Leerverkaufsverbot zu brechen. Eine einfache Nachfrage bei der zuständigen Handelsüberwachungsstelle der Deutschen Börse hätte ausgereicht, um zu erfahren, dass es überhaupt keine Leerverkaufs-Attacke gegen Wirecard gegeben hatte; es ist schwer zu akzeptieren, dass die BaFin solche naheliegenden Schritte nicht unternommen hat, sondern sich sofort mit Verve auf die Wirecard-Kritiker gestürzt hat. Der Rücktritt von BaFin-Präsident Hufeld und seiner Stellvertreterin Roegele ist daher folgerichtig.

Aber auch in Bayern, der Heimat von Wirecard, kam es zu erheblichen Misständen. Die Staatsanwaltschaft München hätte viel früher gegen Wirecard vorgehen müssen. Die belastenden Hinweise gegen Wirecard waren zahlreich: Detaillierte Medienbe-

richte über Bilanzmanipulation und Scheingeschäfte, ein Haufen schwerwiegender Geldwäscheverdachtsmeldungen von Banken, kluge Analysen von Betriebsprüfern aus der Finanzverwaltung und Strafanzeigen von Investoren, aus denen hervorging, wie das sinkende Schiff Wirecard geplündert wurde. Leider ging die Staatsanwaltschaft aber aufgrund einer Strafanzeige der BaFin gegen die Wirecard-kritischen Journalisten der Financial Times vor – ein einmaliger und beschämender Vorgang, für den sich bis heute niemand bei den Betroffenen entschuldigt hat.

Doch damit nicht genug: Wirecard verfügte über eine beachtliche Armada an Beratern und Lobbyisten mit allerbesten Kontakten in Politik und Verwaltung: etwa der frühere Bundesminister Karl-Theodor zu Guttenberg, der frühere bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein, der frühere Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen, der frühere Erste Bürgermeister von Hamburg, Ole von Beust, der amtierende Berliner Landtagsabgeordnete Joschka Langenbrinck, der frühere bayerische Polizeipräsident Waldemar Kindler und der frühere Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Klaus-Dieter Fritsche. Die Ehefrau des wirtschaftspolitischen Beraters der Bundeskanzlerin, Lars-Henrik Röller, fungierte offenbar als Kontaktperson zwischen Wirecard und einem chinesischen Unternehmen. Dieses Netzwerk dürfte ein Teil der Erklärung sein, warum so viele aktive Regierungsvertreter – die Bundeskanzlerin und den Vizekanzler eingeschlossen – sich aktiv für Wirecard eingesetzt haben.

Neben alledem hat der Ausschuss bereits Rechtsgeschichte geschrieben: Die Abschlussprüfer der Wirecard AG von Ernst & Young (EY) beriefen sich vor dem Ausschuss auf ein Zeugnisverweigerungsrecht. Der Grund war, dass sie zwar vom Insolvenzverwalter der Wirecard von ihrer Verschwiegenheitspflicht entbunden worden waren, aber von mehreren deutschen Oberlandesgerichten verlangt wurde, dass der zum Zeitpunkt der Prüfung amtierende Vorstand die Prüfer hätte entbinden müssen. Dies hätte bedeutet, dass der inhaftierte ehemalige Wirecard-Chef Markus Braun oder der untergetauchte Ex-Vorstand



Dr. Florian Toncar MdB ist parlamentarischer Geschäftsführer und finanzpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Er ist zudem Obmann der FDP im Wirecard-Untersuchungsausschuss.

Jan Marsalek einer Aussage von EY hätte zustimmen müssen. Dies erschien dem Ausschuss dann doch reichlich absurd. Der Bundesgerichtshof (BGH) gab nun dem Untersuchungsausschuss Recht: Die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Insolvenzverwalter war ausreichend. Damit hat der BGH einen jahrzehntelangen, in vielen Gerichtsverfahren sehr relevanten Streit entschieden. Am 19. März werden die EY-Prüfer daher ein zweites Mal erscheinen und aussagen müssen. Dies ist auch ein echter Gewinn gerade für die geschädigten Anleger, die dadurch erfahren, was die Prüfer gemacht oder auch nicht gemacht haben, und die diese Erkenntnisse in ihre Anlegerklagen einfließen lassen können.

Es bleiben aber noch immer wichtige Fragen ungeklärt, insbesondere rund um Finanzminister Olaf Scholz und seinen Staatssekretär Jörg Kukies, der in der Causa Wirecard über eine Art Standleitung zur BaFin verfügte und über alle wichtigen Schritte der Aufsicht im Bilde war. So wollen wir von Kukies wissen, was genau er bei einem Treffen mit Wire-

card-CEO Markus Braun 2019 ohne Zeugen und ohne Protokoll besprochen hat – und ob und wenn ja welche Informationen er mit der Commerzbank oder seinem alten Arbeitgeber Goldman Sachs teilte.

Olaf Scholz muss uns seinerseits erklären, wie sich all dies unter seiner Ägide abspielen konnte. Der Widerspruch, er habe Wirecard im Frühjahr 2020 zur Chefsache erklärt, aber andererseits sei er gar nicht mit der Sache befasst gewesen, ist kaum aufzulösen. Hat Scholz das Verbot von Leerverkäufen gestützt? Dann hätte er eine Maßnahme gebilligt, die viele Kleinanleger ins Verderben geführt hat. War Scholz überhaupt nicht eingebunden? Dann hat er den größten Bilanzskandal der Bundesrepublik verschlafen. Scholz gibt sich heute als Aufklärer und Reformier, aber bis vor kurzem weigerte er sich nicht nur, personelle Konsequenzen zu ziehen – selbst einfachste Informationen wollte er uns nicht vorlegen. Ich habe viele Fragen, besonders an ihn. Und ich bin sicher: Wir werden noch weitere Dokumente finden und viele weitere offene Fragen identifizieren und klären. Die Aufklärung des Falls Wirecard ist noch lange nicht beendet.

Impressum

Herausgeber:
FDP Landesverband Baden-Württemberg
Verantwortlich: Julian Schröder (Pressesprecher)
Redaktion: Julian Schröder, Nina Pahl,
Jan Packebusch, Annette Wenk-Grimm
Anschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: (0711) 666 18-0
Email: fdp-bw@fdp.de, Web: www.fdp-bw.de
Druck: BC DirectGroup GmbH, Berlin
Gestaltung: Nina Pahl
Fotos: FDP-BW, Abgeordnete, FDP/DVP Fraktion,
Kandidaten

Gastbeitrag von Michael Theurer MdB, Landesvorsitzender

Das Land braucht eine starke Kraft der Erneuerung durch uns, die FDP



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, wir stehen in Baden-Württemberg vor einer wichtigen Richtungswahl.

Währenddessen befinden sich Deutschland und Baden-Württemberg wegen der Pandemiesituation in einer schwierigen Lage.

Wir wollen mit der Corona-Krise keinen Landtagswahlkampf betreiben. Doch in allen digitalen Veranstaltungen und Bürgergesprächen sind die Pandemie und ihre Folgen das Topthema. Die Menschen sind in Sorge. Wir Freie Demokraten nehmen dabei den notwendigen Gesundheitsschutz sehr ernst, pochen aber gleichzeitig auf die Verhältnismäßigkeit einer jeden einzelnen Maßnahme und die bestmögliche Wahrung von Grund- und Freiheitsrechten. Es gilt jetzt in den letzten Tagen bis zur Landtagswahl, bis zum 14. März die Wählerinnen und Wähler gezielt zu gewinnen. Hierbei bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. Zu einigen wesentlichen Themen hier eine Übersicht unserer wesentlichen Argumente:

Was Corona angeht, haben wir Stufenpläne vorgelegt, in welcher Situation welche Reaktion angemessen erscheint. In dem von mir verantworteten und in den Bundestag eingebrachten 7-Stufen-Plan der FDP-Bundestagsfraktion geht es uns dabei nicht nur um Inzidenzen. Wir wollen die reale Gefährdungslage abbilden und dafür ist der Inzidenzwert nicht hinreichend.

Daher haben wir vorgeschlagen, Multiplikatoren einzuführen. Hierbei handelt es sich um die folgenden Faktoren:

- Ü60-Inzidenz
- Hospitalisierungsindex, um Belastung des Gesundheitswesens und Durchimpfung der Risikogruppen abzubilden
- Ausbruchs-Streuungs-Index, um abzubilden, ob es sich um Cluster oder diffuse Ausbrüche handelt
- Tatsächliche Kapazitäten der Gesundheitsämter

Unser Stufenplan ist umfangreich und realistisch.

Damit unterscheiden wir uns von den Grünen, die nur die Bundesregierung auffordern einen Plan zu erarbeiten. Und wir unterscheiden uns von der Bundesregierung, die bisher keinen Plan vorgelegt hat. Wir erinnern uns: Die Runde aus Kanzlerin und Ministerpräsidenten hat sich am 19. Januar die Aufgabe gegeben, bis zum 10. Februar eine gerechte Öffnungsperspektive zu erarbeiten. Sie hat bisher nicht geliefert. Am 22. Februar hat Kanzleramtschef Braun dann erneut den Auftrag zur Ausarbeitung eines Plans bekommen. A propos nicht geliefert.

Die Landes-CDU hat im Weihnachtsgeschäft click & collect gefordert, aber in der Landesregierung nicht durchgesetzt. Im Gegensatz zur FDP in Rheinland-Pfalz. Daran sieht man den Unterschied, ob die FDP in einer Landesregierung ist oder eben nicht. Der CDU-Bundeswirtschaftsminister und die CDU-Landeswirtschaftsministerin haben schnelle, unbürokratische und umfangreiche Hilfen für die Wirtschaft versprochen. Die Kritik aus sämtlichen Wirtschaftsverbänden spricht für sich. Jetzt will Bundesankündigungsminister Altmaier einen Stufenplan für die Öffnung erarbeiten. Er kann ihn einfach bei uns abschreiben. Das ist ok, das macht er oft genug. Wir werden ihn nicht auf Urheberrechtsverletzung verklagen.

Aber gute Forderungen von der FDP zu kopieren reicht nicht. Er hat beim Soli nicht geliefert, er hat beim Bürokratieabbau nicht geliefert, er hat bei der Entlastung von Steuern und Abgaben nicht geliefert und er hat beim Belastungsmoratorium nicht geliefert. Ich habe eine latente Skepsis, ob er jetzt ausgerechnet beim Stufenplan anfangen wird zu liefern.

Die Desaster der Hilfen, die nicht ankommen, setzen sich beim Automobil und der Zerstörung des Verbrennungsmotors fort und münden schließlich im Impfdesaster.

Im Juli 2020 habe ich in der Wirtschaftswoche gewarnt, dass die Produktionskapazitäten für Impfstoffe knapp sein werden. Am 7. Juli schrieb ich an Peter Altmaier: „Die Versorgung der Bevölkerung mit Impfstoffen ist nicht nur ein Teil der Daseinsvorsorge sondern auch ein Instrument der Prävention, um mit künftigen Lockdowns verbundene erhebliche ökonomische, finanzielle und soziale Auswirkungen zu vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, könnten und sollten ggf. auch staatliche Förderinstrumente zum Einsatz kommen.“

In der Antwort aus dem BMWi hieß es: „Insoweit sehe ich nach derzeitigem Kenntnisstand keine zu befürchtenden Knappheiten bei den derzeit im Aufbau befindlichen Produktionskapazitäten“.

Diese Worte haben einen bitteren Nachgeschmack, sagte doch Jens Spahn dann Anfang Februar, dass die Bevölkerung sich auf „harte Wochen der Knappheit“ einstellen muss.

Wir als FDP jedenfalls setzen zur Bewältigung von Krisen auf den wissenschaftlich-innovatorischen Fortschritt. Genau diese Haltung wollen wir in eine Landesregierung einbringen. Wir werben dafür, dass die Wähler uns eine Chance geben, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dann werden wir die riesigen Potenziale, die es in unserem Land gibt, mobilisieren. An den Unis, den Hochschulen und der Dualen Hochschule ist das Wissen doch da, um Digitalisierung, Klimaschutz, Gesundheitsschutz zu schaffen! Baden-Württemberg ist noch immer super in der Grundlagenforschung. Aber wir müssen es rüber kriegen in die Umsetzung.

Diese Haltung findet auch zunehmend Resonanz in der Bevölkerung. Sollten uns die Wähler einen entsprechenden Auftrag erteilen, sind wir bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Eine Koalition mit der CDU wäre dabei aus wirtschaftspolitischen Gründen in jedem Fall vorzuzugswürdig. Mit den Grünen hingegen wäre eine Zusammenarbeit sicherlich nicht leicht, aber wir würden es wagen: Wir werden mit allen Parteien des Verfassungsbogens sprechen und die Möglichkeiten erörtern, FDP-Inhalte in Regierungshandeln umzusetzen.

Die Voraussetzungen dafür sind gut. Die Umfragen zeigen, dass viele Menschen die Absicht haben, FDP zu wählen. Die Umfrageergebnisse haben sich im Vergleich zu vor einem halben Jahr fast verdoppelt. Dieses Momentum müssen wir jetzt auf die Straße bringen, müssen die Mobilisierung noch einmal hochfahren. Umfragen und Wahlabsichten sind nämlich noch lange keine Wahlergebnisse.

Von uns hängt es ab: Wir sind diejenigen, die eine Veränderung im Land schaffen können. Wir sind aber auch diejenigen, die der Bundes-FDP Rückenwind für die Bundestagswahl verschaffen können. Unser Wahlziel bleibt dabei 8% + X. Wenn wir dies erreichen, senden wir ein äußerst positives Signal zum Start des Superwahljahres.

Bereit zur Verantwortung

Von Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Vorsitzender der FDP/DVP Landtagsfraktion

Unser Selbstverständnis als aktive Oppositionsfraktion folgte und folgt dem wichtigen Auftrag, der uns im Parlament gegeben ist: Schwächen der Regierungsarbeit deutlich zu machen und Verbesserungen vorzuschlagen.

Seit zehn Jahren tun wir das im Landtag und nie war es so nötig wie im letzten Jahr dieser Legislaturperiode. Bei der Bewältigung der Corona-Pandemie sind alle Menschen in unserem Land, der Staat und die Politik gleichermaßen gefordert. Während die Bevölkerung Beschränkungen und Schließungen größtenteils befolgt und damit ihren wichtigen Anteil zur Pandemiebekämpfung beiträgt, stellen viele nun fest, dass die Regierungen in wesentlichen Punkten keine oder schlechte Lösungen bringen. Beispielsweise kommt die Strategie zum Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen viel zu spät, erforderlicher Online-Unterricht funktioniert nicht aufgrund mangelhafter digitaler Möglichkeiten an den Schulen, dringend benötigte finanzielle Hilfen für die Wirtschaft werden verspätet ausgezahlt, die Impfstrategie endet im frustrierenden Mangel und Chaos, die verhängte Ausgangssperre hat vor Gericht keinen Bestand – die Folge ist, dass das Vertrauen in Regierungshandeln mehr und mehr nachlässt.

Zu all diesen Punkten haben wir praktikable Vorschläge gemacht und angemahnt. Vieles hat sich als richtig erwiesen, wurde aber zu spät umgesetzt. Wir stehen zu unserer Verantwortung gerade in schweren Zeiten.

Das wird in den kommenden Jahren essentiell. Denn es geht weit über Corona hinaus zur Frage, wie wir in Baden-Württemberg Wohlstand, Recht, Sicherheit und Freiheit erhalten und stärken können. Es wird beispielsweise darum gehen, ob unser Wirtschaftsstandort bei seinem Kernsektor der Automobilindustrie die Transformation für die Zukunft mit modernen Technologien zur Verbesserung der Verbrennungs-



motoren schafft oder ob es zu einem Strukturbruch kommt mit Arbeitslosigkeit und Pleiten. Dazu und zu vielen anderen Fragen, wie Qualität der Bildung, ein wirksamer Impuls für Digitalisierung, Verbesserung bei Sicherheit und Rechtsstaat oder Aufholen bei Infrastruktur in Städten und im Ländlichen Raum haben wir unsere Vorstellungen in unserer Fraktionsarbeit auf vielen Wegen deutlich gemacht. Auf diese Vorschläge und Überlegungen werden wir im neu gewählten Landtag aufbauen und auch weiterhin unsere Energie zum Wohle des Landes einsetzen.

Ihr

Hans-Ulrich Rülke

Mitwirkungsrechte im Landtag

Gesetz zur parlament. Kontrolle der Freiheitsbeschränkungen infolge der Covid-19-Pandemie



Deutschlandweit einzigartig ist die Parlamentsbeteiligung des baden-württembergischen Landtags bei Corona-Verordnungen. Hier ist eine Zustimmung des Landtags zur Verordnung erforderlich. Zu verdanken ist dies der FDP/DVP Landtagsfraktion. Mitte Mai brachten wir das „Gesetz zur parlamentarischen Kontrolle der Freiheitsbeschränkungen infolge der Covid-19-Pandemie“ in den Landtag ein. Für uns war es unerlässlich, dass über die größten Einschränkungen der Grundrechte in der Geschichte der Bundesrepublik in öffentlichen Parlamentssitzungen und nicht in den Hinterzimmern der Regierung entschieden wird. Unser Gesetzentwurf sah daher vor, dass sämtliche künftigen Verordnungen einer Zustimmung des Parlaments bedürfen. Wir finden, dass die Maßnahmen besser werden, wenn auch unmittelbar gewählte Abgeordnete mitentscheiden.

Die Regierungsfractionen lehnten unseren Entwurf zwar ab, sie sahen sich jedoch gezwungen, einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen. In gemeinsamen Gesprächen gelang es uns, weitere Änderungen an diesem Gesetz durchzusetzen, die uns wichtig waren. Seitdem stimmt der Landtag alle vier Wochen über die Corona-Verordnung ab. Bei den bisherigen

Abstimmungen kritisierten wir zentrale Punkte der Verordnungen und brachten konstruktive

Änderungsanträge ein. Im Ergebnis lehnten wir alle bisherigen Verordnungen wegen grundlegender Mängel ab. Im Nachhinein zeigte sich, beispielsweise bei unserer Forderung nach verstärkter Nutzung von FFP2 Masken oder dem Fokus auf den Schutz der Risikogruppen, dass wir mit unseren Änderungsanträgen die richtigen Forderungen frühzeitig eingebracht hatten.

Impressum

FDP/DVP Fraktion im Landtag Baden-Württemberg
 Konrad-Adenauer-Straße 3
 70173 Stuttgart

Tel.: 0711 2063-918
 Fax: 0711 2063-610
 E-Mail: post@fdp.landtag-bw.de
 Web: www.fdp-dvp.de

Verantwortlich: Dr. Jan Havlik (Pressesprecher)
 Fotos: FDP/DVP Fraktion, istock, Pixabay

Von der Bazooka zu langfristigem Wachstum

Fraktion beleuchtet in Serie von Onlinetalks Wirtschaftspolitik während und nach Corona



Zukunft des Automobilstandorts: Fraktionsvorsitzender Dr. Hans Ulrich Rülke in der Diskussion mit dem ehemaligen Volkswagen- und Porschechef Matthias Müller und dem ehemaligen Motorsportchef von Mercedes-Benz Norbert Haug. Moderation: Annika Grah

Bundesfinanzminister Scholz hat im März 2020 im Zusammenhang mit den Corona-Hilfen der Bundesregierung für die Wirtschaft von einer Bazooka gesprochen – niemand werde alleine gelassen und allen Unternehmen werde geholfen, ohne dabei aber so etwas wie einen wirklichen Plan oder langfristige Strategie für eine sinnvolle Wirtschaftspolitik vorstellen zu können. Diese Lücke wollte die Landtagsfraktion in einer Serie von drei Webtalks schließen und die Wirtschaftspolitik während und nach der Corona-Krise beleuchten.

Die kurzfristig notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurden am 6. Februar 2021 unter dem Titel „Liberale Wege aus dem Lockdown: Wie fahren

wir die Wirtschaft wieder hoch?“ diskutiert.

Ein mittelfristiger Ausblick wurde am 9. Dezember 2020 gewagt. Hier erörterte der mittelstandspolitische Sprecher der Fraktion, Prof. Dr. Erik Schweikert, eine „Wirtschaftspolitik nach Corona: Was ist jetzt zu tun?“. Den Abschluss der Serie bildete eine Diskussion des Fraktionsvorsitzenden Dr. Hans-Ulrich Rülke mit Wirtschaftsmanagern zur langfristigen Frage „Wie sieht die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg aus?“, ebenfalls am 6. Februar 2021.

Videoaufzeichnungen von allen drei Diskussionen stehen online unter www.fdp-dvp-fraktion.de/live/ zur Verfügung.

Chancen der digitalen Bildung langfristig sichern

Rückstand in der Digitalisierung

Der Lockdown hat den enormen Rückstand Baden-Württembergs bei der Digitalisierung der Schulen augenfällig gemacht. Eine der Ursachen hierfür: Erst seit Herbst 2019 (!) können finanzielle Mittel aus dem Digitalpakt Schule beantragt werden. Allzu lange

hatten vor allem der Ministerpräsident und die Kultusministerin eine Grundgesetzänderung zur Mitfinanzierung des Bundes in Bildungsfragen blockiert. Mit befristeten Sonderprogrammen und teilweise knapp bemessenen Einmalmaßnahmen wird nun versucht,

die ärgsten Defizite zu beheben. Die FDP/DVP Fraktion wollte die Digitale Schule gesetzlich verankern und die Finanzierung der Ausstattung für kommunal und frei getragene Schulen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler mit digitaler Hard- und Software, die Systemadministration und die Lehrerfortbildung für digitale Bildung längerfristig sichern, zunächst für die Dauer einer Legislaturperiode des Landtags. Dafür wollten wir 500 Millionen Euro aus den Rücklagen des Landes für Digitalprojekte entnehmen und die seither zur Finanzierung aus dieser Rücklage vorgesehenen Projekte der BW-Stiftung zur Fortführung vorschlagen. Die grün-schwarze Regierungsmehrheit lehnte unseren entsprechenden Gesetzentwurf aber ebenso ab wie unseren Antrag auf einen Digitalpakt 2.0 zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Unser bildungspolitischer Sprecher Dr. Timm Kern MdL hierzu: „Die mangelnde Einsicht von Grün-Schwarz darf



die Digitale Schule nicht weiter ausbremsen. Es gilt, die Chancen der digitalen Bildung für junge Menschen auch über die Pandemie hinaus zu sichern.“

Der Gesetzentwurf zur Digitalen Schule findet sich hier: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8856_D.pdf

Die Woche der Gesundheit und Pflegepolitik 2021

Der GesundheitsTALK 2021

Vom 29. Januar bis 5. Februar haben wir die „Woche der Gesundheits- und Pflegepolitik 2021 – Weichenstellungen für Baden-Württemberg nach der Corona-Pandemie“ durchgeführt. Unser gesundheits- und pflegepolitischer Sprecher Jochen Haußmann hat sich kompetente Gäste eingeladen und mit ihnen verschiedenen Themen entwickelt. Moderiert wurde ein Teil der Gespräche von Johanna Hasting.

Das war unser Programm:

Der GesundheitsTALK: Zukunftsfragen unseres Gesundheitssystems

Dr. Ralf Kantak, Vorsitzender des Verbands der privaten Krankenversicherung. Schauen Sie auf unserer Homepage unter www.fdp-dvp-fraktion.de/livestream/gesundheitswoche rein. Hier erfahren Sie, Warum die private Krankenversicherung insbesondere für den ländlichen Raum unverzichtbare Stütze der Versorgung ist und zudem Wegebereiter für Innovationen. Generationengerechtigkeit und Finanzierung der Corona-Ausgaben sind nur einige weitere Stichworte.

Der GesundheitsTALK: Konzepte für eine gute ärztliche Versorgung vor Ort mit Forderungen und Anregungen aus dem Kreis der Studierenden

Dr. Norbert Metke, Vorsitzender des Vorstands der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und Jonathan Schmalzridt, Vorstandsmitglied der Medizinstudierenden im Hartmannbund Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Stichworte hier: warum ein dezentral niedergelassenes Gesundheitssystem besser als zentralisierte Systeme ist, Attraktivität des Arztberufs, Anreize für Anstellungen und Chancen und Probleme der Digitalisierung. Und vor allem: Begeisterung für den Hausarztberuf.

Der GesundheitsTALK: Die Apotheke vor Ort – mehr als Abgabestelle von Arzneimitteln

Dr. Günther Hanke, Präsident der Landesapothekerkammer Baden-Württemberg, Ina Hofferberth, Geschäftsführerin des Landesapothekerverbands Baden-Württemberg
 Eckpunkte: Unverzichtbarkeit der Apotheke – gerade während der Corona-Pandemie, Wettbewerbssituation, Digitalisierung, Planungssicherheit und Personalmangel, Dynamisierung der Vergütung.

Der GesundheitsTALK: Wo steht die Pflege – Zukunftsszenarien zwischen Corona-Pandemie, Fachkräftemangel und demografischem Wandel
 Rainer Wiesner, Vorsitzender des Vorstands der Landesgruppe Baden-Württemberg des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa),



Der gesundheitspolitische Sprecher Jochen Haußmann im Gespräch mit Präsident Dr. Günther Hanke und Geschäftsführerin Ina Hofferberth von der Landesapothekerkammer Baden-Württemberg

Gaby Schröder, Geschäftsführerin Alexander Stift Dienste für Senioren der Diakonie Stetten
Inhalte: Corona, Rettungsschirm, Schutzausstattung, generalisierte Pflegeausbildung, Personal-mangel, Attraktivität, Entbürokratisierung, ambu-lante Wohnformen. Insgesamt: Der Pflege mehr zutrauen.

Der GesundheitsTALK: Krankenversicherungen 2030 – aus Sicht der Betriebskrankenkassen, der ältesten Form der solidarischen Krankenversiche-rung in der Geschichte Deutschlands
Thomas Schönbacher, Stellvertreter des Vorstan-des des BKK Landesverbands Süd
Stichworte: Herausforderungen Finanzierung, Problematik der Abschöpfung von Rücklagen, be-sondere Rolle von traditionellen BKKs, für die das Unternehmen haftet und nur Betriebsangehörigen und deren Familien zu allgemeinen Krankenkas-sen.

Der GesundheitsTALK: Herausforderungen der zahn-ärztlichen Versorgung in Baden-Württemberg
Dr. Torsten Tomppert, Präsident Landeszahnärzte-kammer Baden-Württemberg
Diskussionsbereiche: Prävention („heute teilen sich 3 Kinder 1 kariösen Zahn“), Bedeutung Kammer, Problematik der zahnmedizinischen Versorgungs-zentren, Patientenschutz, Bürokratie

Alle Beiträge sind unter www.fdp-dvp-fraktion.de/livestream/gesundheitswoche abrufbar.

Untersuchungsausschuss „Baden-Württemberg-Haus“

Wenn aus 2,8 Mio eine Belastung von mindestens 15 Millionen Euro wird

Der Untersuchungsausschuss hat seine Arbeit erfolgreich beendet. Wir als FDP/DVP Fraktion haben ein Sondervotum eingebracht, um deutlich zu machen, dass Wirtschaftsministerin Dr. Hoffmeister-Kraut die politische Hauptverantwortung für das enorme Missmanagement im Rahmen des Expo-Projekts trägt. Ihre damalige Abteilungsleiterin und heutige Landespolizeipräsidentin Dr. Hinz konnte blauäugig die Basis dafür schaffen, dass ein Vertrag zu Lasten des Landes abgeschlossen wurde. Das Ministerium verschloss die Augen vor der Realität und vertraute blind einem überforderten Geschäftsführer, der aus einem angeblichen Projekt `Von der Wirtschaft für die Wirtschaft` ein Landesprojekt machte. So wurde aus einer Landesausstellung mit 2,8 Mio. Euro eine Belastung des Landeshaushalts in Höhe von mindestens 15 Millionen Euro!

Die enormen Probleme des Projekts wurden ver-

schleiert, eine rechtliche Aufklärung über Monate bis nach dem Beschluss des Doppelhaushalts 2020/21 hinausgezögert.“, resümiert unsere Obfrau Gabriele Reich-Gutjahr.

Neben dem Wirtschaftsministerium waren aber auch Dr. Stegmann im Staatsministerium und Kultusministerin Dr. Eisenmann bei der Umsetzung des Projekts engagiert. Sie wirkten ebenfalls nicht auf eine professionelle Lösung des strauchelnden Projektes hin.

Stattdessen schoss die Koalition noch im Herbst 2019 zusätzliche Millionen zu. Verantwortungsbe-
wusste Wirtschaftspolitik sieht anders aus!

Für weitere Informationen:

www.fdp-dvp-fraktion.de/ua_bw_haus/



Unsere Obfrau im Untersuchungsausschuss: Gabriele Reich-Gutjahr

Initiative sucht „Mobilfunkloch des Monats“

Sammelaktion der Fraktion zeigt hohen Handlungsbedarf bei digitaler Infrastruktur auf

Im August 2020 hat die Landtagsfraktion die Aktion „Mobilfunkloch des Monats“ gestartet. Gabriele Reich-Gutjahr, die mobilfunkpolitische Sprecherin der Fraktion, erklärt dazu: „Im Juni 2020 hat die Wirtschaftsministerin bekannt gegeben, dass durch das neue Förderprogramm des Bundes mindestens 500 neue Mobilfunkmasten in Baden-Württemberg entstehen sollen. Wir wollen wissen: Wie weit bringen uns diese 500 neue Masten? Wie viele Löcher gibt es in Baden-Württemberg und wie viel ist noch zu tun?“

Auf der Homepage der Fraktion, aber auch über die sozialen Medien, können die Bürger seitdem ihre Mobilfunklöcher an die Fraktion melden.

Bis Mitte Februar sind so schon knapp 200 Meldungen zusammengekommen. Zusätzlich wird jeden Monat daraus ein „Mobilfunkloch des Monats“ ausgewählt, welches besonders plastisch die Probleme eines schlechten Mobilfunknetzes vor Augen führt. Der Abschluss der Initiative ist für den März vorgesehen. In einer symbolischen Aktion wird dann die Liste an gemeldeten Funklöchern an das zuständige Wirtschaftsministerium übergeben und die Liste öffentlich in Form einer Karte vorgestellt.

Webseite der Initiative:

www.fdp-dvp-fraktion.de/funkloch-des-monats



Funklöcher überall: Auch unsere Abgeordneten beteiligen sich an der Aktion

Für eine starke Landwirtschaft im Ländle-heute und morgen

Fakten, die man berücksichtigen muss



Wir als FDP/DVP Fraktion setzen uns für eine starke Landwirtschaft ein, die sich rechnet und dazu beiträgt, die Herausforderungen der Ernährungssicherung, des Klimawandels und der Bedrohungen der Artenvielfalt zu lösen. Es ist Zeit, auf Basis von Wissenschaft und Forschung neu zu denken – frei von Ideologie, frei von Verboten und überzogenen Auflagen.

Zu Wahrheit gehört: Wir werden auch in Zukunft auf wirksame Pflanzenschutzmittel angewiesen sein. Agrarwissenschaftler gehen davon aus, dass ohne modernen Pflanzenschutz weltweit bis zu 40 Prozent der Ernten durch Schädlinge und Unkrautbewuchs verloren gehen würden. Fakten, die man

berücksichtigen muss, wenn man, wie die grün geführte Landesregierung, die Methoden von gestern für die Landwirtschaft von heute und morgen fordert.

Wir benötigen neuartige, in der Fläche angewandte digitale Lösungen, etwa um Pflanzenschutzmittel gezielt nur dort einzusetzen, wo wirklich Bedarf besteht. Wir brauchen Pflanzen, die extreme Temperaturen und Trockenheit besser ertragen. Und wir brauchen mehr Offenheit für innovative Technologien. Das gilt insbesondere für neue Methoden der Biotechnologie.

Es geht uns nicht um eine bestimmte Form der Landwirtschaft. Wir wollen Wahlfreiheit für Bauern und Verbraucher und stehen für Vielfalt. Wir setzen auf Eigenverantwortung und betriebliches Risikomanagement.

Die Vorschläge der FDP/DVP Fraktion für eine starke Landwirtschaft der Zukunft finden Sie in unserem Positionspapier unter:
www.fdp-dvp-fraktion.de/starke-landwirtschaft

Chancen der digitalen Landwirtschaft für...

... den Pflanzenbau

- Dosierte Ausbringung von Dünger und Pflanzenschutzmitteln mit schlagerechter Teilbreitenschaltung oder mit Hilfe von Bilderkennungssoftware
- Ausbringung von Nützlingen mit Drohnen
- Autonomes Fahren, Lenkhilfen, Spurführung und geschwindigkeitsabhängige Volumenstromregelung
- Aufspüren von Tieren in Mahd mit Infrarot- und Farbkameras
- Dokumentation und Auswertung der Ernte sowie Lagerüberwachung
- Prognosemodell für Ernte / Krankheiten uvm.

... die Tierhaltung

- Fütterungs- und Melkroboter
- Entmistung
- Sensoren in Klimasystemen
- Sensorgestützte Tierüberwachung z.B. zu Futteraufnahme und Körperkondition
- Genomische Zuchtwertschätzung für bessere Anpaarungsstrategien
- Autonomes Fahren (z.B. Futtermischwagen)

... die Betriebswirtschaft

- Flottenmanagement von Landmaschinen etc.
- Arbeitszeiterfassungen
- Standortunabhängige Dokumentation
- Einhaltung rechtlicher Vorgaben



DER IMPULS FÜRS LAND.

Baden-Württemberg ist ein Land mit klugen Menschen, einer hohen Produktivität und einem starken Erfindergeist. Ein Land, das Wohlstand und Nachhaltigkeit zu verbinden weiß wie kaum ein anderes. Ein Land mit den besten Voraussetzungen, auch außergewöhnliche Situationen zu meistern. Doch selbst die stärksten Wirtschaftsräume der Welt können ins Wanken geraten, wenn sie nicht mit der Zeit gehen.

Baden-Württemberg braucht eine Politik, die sich in der Frage der **klimaneutralen Mobilität** der Zukunft zu echter **Technologieoffenheit** bekennt, anstatt sich allein auf die batteriegebundene Elektromobilität zu fokussieren und so den Verlust zigtausender **Arbeitsplätze** in der heimischen **Automobil- und Zulieferindustrie** zu riskieren.

Baden-Württemberg braucht eine **moderne und effektive Bildungspolitik**, die unseren Schulen wieder einen Spitzenplatz sichert - national wie international - und jedem Kind die bestmögliche, individuell passende Bildung garantiert.

Und Baden-Württemberg braucht eine Politik, die die **digitale Infrastruktur** endlich auf ein weltweites Spitzenniveau bringt. Denn eine gelingende **Digitalisierung ist Grundvoraussetzung** für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Die grün-schwarze Landesregierung hat in diesen für unser Land so wichtigen Bereichen viel versprochen, aber in den vergangenen fünf Jahren nichts geliefert. Kurzum: **Baden-Württemberg braucht einen Politikwechsel!**

Ein Politik- und Regierungswechsel ist in Baden-Württemberg nur mit der FDP möglich. Wir Freie Demokraten wollen in Baden-Württemberg wieder **Regierungsverantwortung übernehmen** und unser Land mit liberaler Politik nach vorne bringen. Dabei stehen für uns nicht Farbenspiele, sondern unsere Inhalte im Mittelpunkt. Parteien des demokratischen Verfassungsbogens, die bereit sind, unsere zentralen Inhalte gemeinsam mit uns umzusetzen, sind uns als Gesprächspartner herzlich willkommen. Eine Zusammenarbeit mit der AfD und der Linken schließen wir dagegen kategorisch aus.

Welche politischen Konstellationen rechnerisch möglich sein werden, entscheiden die Wählerinnen und Wähler am 14. März. Für uns Freie Demokraten ist aber eines klar: Wir werden unsere Überzeugungen nicht verkaufen. Wir können auch Opposition. Das haben wir im Landtag von Baden-Württemberg und nach der Bundestagswahl 2017 unter Beweis gestellt.

Wir fordern eine **Wasserstoffstrategie** für Baden-Württemberg, denn Wasserstoff ist der Energielieferant der Zukunft. Als Grundstoff für die Brennstoffzelle wie auch für E-Fuels hat er zentrale Bedeutung für die Automobilindustrie. Gleichzeitig wird er wichtiger Rohstoff für die Chemie-Branche und weitere energieintensive Industriezweige. Wir fordern freie Fahrt für **klimaneutrale Kraftstoffe** wie E-Fuels, um zu ermöglichen, dass schon die bestehende Fahrzeugflotte mit dem Verbrennungsmotor klimaneutral gefahren werden kann. Eine Politik, die dem **umweltfreundlichen Verbrennungsmotor** eine faire Chance gibt, erhält die Arbeitsplätze in der heimischen Automobil- und Zulieferindustrie und sichert die Grundlage des Wohlstands unseres Landes. Wir fordern eine **kraftvolle Digitalisierungsoffensive**, damit jede Stadt und jedes Dorf in Baden-Württemberg zügig eine leistungsfähige digitale Infrastruktur erhält. Auch die **Digitalisierung der Verwaltung und der Schulen** muss entschlossen vorangetrieben werden, damit zukünftig auch in Zeiten des Fernunterrichts kein Kind zurückgelassen wird. Die Kompetenzen für die Digitalisierung wollen wir in einem eigenen Ministerium bündeln.

Und wir fordern, die falschen Weichenstellungen grün-roter und grün-schwarzer Bildungspolitik vergangener Jahre zu korrigieren. Um die individuellen Potenziale jeder Schülerin und jedes Schülers bestmöglich zu fördern, brauchen wir ein **differenziertes, vielgliedriges Bildungssystem** und die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung. Berufliche und akademische Ausbildung müssen die gleiche Wertschätzung erfahren. Für diese Ziele stehen die Freien Demokraten in Baden-Württemberg.

Geben Sie uns am **14. März** mit Ihrer Stimme die Möglichkeit, diese Ziele entschlossen und mutig in einer neuen Landesregierung umzusetzen. Geben Sie Baden-Württemberg am 14. März einen neuen **Impuls**.

Wählen Sie Freie Demokraten- FDP.

